

Jan Frankel¹ - Die Haltung des Genossen Landau² in der österreichischen und deutschen Frage, 6.1.1931

7 Seiten, (Teil-) Abschrift³ und Faksimile⁴

!STRENG VERTRAULICH!

Exemplar No. ... für

Die Haltung des Genossen Landau in der österreichischen und deutschen Frage

Gedrängte Darstellung anhand von Dokumenten

Die Entwicklung der oppositionellen Gruppen in den verschiedenen Ländern erweist sich als ziemlich krisenhaft. Dies ist kein Zufall, zieht man in Betracht, dass es sich um den revolutionärsten Flügel der Arbeiterbewegung in der Zeit der Ebbe und des Niedergangs handelt, wo der Weg durch die Korruption und Entartung der Stalinbürokratie verrammelt ist. Umso wichtiger ist es unter diesen Umständen, an der Spitze der Internationalen Linksoption eine Gruppe von Genossen zu haben, die das Interesse des Ganzen im Auge behalten und auf diese Weise die unvermeidlichen Krisen zu einer vorwärtsstrebenden Entwicklung lenken. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten Landaus als einer der Genossen, der die deutsche Opposition im internationalen Büro repräsentiert und somit durch seine Stellung eine große Verantwortung trägt, höchst beunruhigend. Die Erfahrung hat bereits bewiesen, dass inwieweit es sich um die Wiederholung allgemeiner Formeln handelt, die die politische Aktivität des Einzelnen und seiner Gruppe nicht unmittelbar berühren und verpflichten, er vollkommen untadelig erscheint. Die Schwierigkeiten und Zerwürfnisse beginnen erst im Moment, wo es sich darum handelt, den wirklichen Kern dieser Fragen herauszuschälen und in die Tat umzusetzen. Nun zeigt sich leider, dass Genosse Landau sich mit allen Kräften wehrt, die Anwendung dieser Formel wirklich im Sinne des internationalen Zusammenwirkens zu führen, und dass er, wie so mancher andere, die Internationale Opposition nur als dekorative Hülle für die eigene Cliquespolitik benützt. Wir halten es daher für nötig, wenigstens für die leitenden Körperschaften der

¹ Frankel, Jan (1906-1984?) stammte aus einer österreichisch-jüdischen Familie; einer seiner Großväter war Großrabbiner von Wien. Aufgewachsen in einem Ort, der 1918 zur Tschechoslowakei kam. 1923 vom damaligen slowakischen KP-Führer Hynek Lenorovic für den Kommunismus gewonnen. 1927 Mitbegründer einer Gruppe der Linken Opposition in Prag. April 1930 ging er nach Prinkipo, wo er einer der engsten Mitarbeiter Trotzki wurde. Beherrschte viele Fremdsprachen und spielte Anfang der 1930er Jahre eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung und Konsolidierung der Internationalen Linken Opposition. Anfang 1933 nach Paris, wohin das IS der ILO verlegt werden sollte; lebte 1933/1934 in Frankreich. Vorübergehend nach Prag, dann, im Sommer 1935, nach Norwegen, wo er erneut mit Trotzki zusammentraf. Februar 1937 folgte er Trotzki in dessen neues Exilland Mexiko, Oktober 1937 in die USA, wo er Mitglied der SWP wurde. Er gehörte dem im September 1939 in New York gebildeten Internationalen Sekretariat der Vierten Internationale an; 1940 verließ er die SWP zusammen mit der Minderheit um Burnham und Shachtman. Bis 1941 Mitglied der Workers Party, zog sich dann ganz aus der Politik zurück. Brach völlig mit seiner Vergangenheit, so dass über sein weiteres Leben keine gesicherten Informationen mehr vorliegen. Pseudonyme von Jan Frankel waren u.a.: Anton, Werner Keller, Vierny, Walter

² Kurt Landau

³ Digitalisiert wurden nur allgemeine und auf Österreich bezogene Teile des Dokuments.

⁴ die Seite 7 ist das Faksimile einer Abschrift aus dem Büro Leo Trotzki

Opposition eine kurze, ziemlich gegen Artigen gefährlichen Politik, die Landau in den österreichischen und deutschen Fragen offenbarte, zu geben. Dabei wollen diese Zeilen absolut nicht die Verdienste des Genossen Landau in der Bewegung in Abrede stellen. Es handelt sich hier nicht darum, das Positive an seiner Tätigkeit zu behandeln, sondern das mit aller Offenheit anzusprechen, was in der Internationalen. Internationalen Opposition gegenüberstellt, um zu verhindern, dass das Positive seines Wirkens durch die negativen Seiten überschwemmt wird.

Österreich

1) Wie bekannt, erwies sich stets als eines der Hauptthemmnisse der österreichischen Einigungsversuche, die fanatische Sucht der einzelnen Gruppen, die Fragen der österreichischen Fraktionsvergangenheit zum Hauptkriterium der Einigung zu machen. Diesen Weg schlug Frey im März 1930 ein, diesen Weg wählte ihrerseits die Mahnruf-Gruppe bei der letzten Einigungsaktion. Die Beschäftigung mit dem Schutt alter, überholter Positionen auf Kosten der tatsächlichen politischen Aufgaben der Bewegung ist die Folge der Stagnation der österreichischen Gruppen. Sich auf dieses Gebiet einzulassen, hieße, die Stagnation fördern und verewigen. Allein in einer geeinten Sektion der österreichischen Linken kann sich im Verlaufe der Aktion erweisen, inwieweit die Fragen der Vergangenheit noch von aktuell politischer Bedeutung sind und inwieweit sie gewisse Elemente abgenützt haben. Gegen diese Ansicht, die in verschiedener Form, bei mehreren Anlässen, in Briefen des Genossen Trotzki wie auch im Internationalen Bulletin ausgesprochen wurden, hat G. Landau, solange diese Einstellung sich gegen Frey richtete, nie Widerspruch erhoben.

2) In dem Moment jedoch, wo Genosse Trotzki die Eliminierung dieser Fragen aus der provisorischen Plattform der Einigung beantragt, und die sich gegen die spezifischen Intentionen der Mahnrufgruppe richtet, protestiert G. Landau mit aller Energie: „Wenn Sie nun weiter gehen als selbst Frey es erhofft, und beantragen, ein winziges und völlig unzureichendes Teilverständnis Freys in seiner Plattform noch zu streichen (es handelte sich um einen Satz über die Stellung Freys zur russischen Opposition bis 1927), hinter die Vergangenheit einen dicken Strich ziehen, dann dürfen Sie nicht verwundert sein, dass mich eine derartige Weitherzigkeit befremdet und dass ich ihr nicht zustimmen kann.“ (Bf. a. G. Trotzki, 24.11.30.)⁵ Und Landau beschuldigt den Gen. Trotzki, er mache Vorschläge, „die durch ein Ausschalten politischer Fragen Frey die Hegemonie sichern wollen (!)“. (Ebenda)

3) Wie stand es mit der „Ausschaltung politischer Fragen“ bei der Einigung in Deutschland? Nach dem Zerwürfnis mit der Opposition im Leninbunde, der er ursprünglich beigetreten war, hatte sich G. Landau den Weddingern angeschlossen, die eine an der Wurzel falsche Position in der Gewerkschaftsfrage einnahmen. In dieser Frage, die keineswegs der Vergangenheit, sondern der lebendigen Gegenwart angehörte und eine beständige Streitfrage zwischen Leninbündlern und den Weddingern bei den Einigungsverhandlungen war, klammerte sich Genosse Landau an die „Weitherzigkeit“ des Genossen Trotzki, der vorgeschlagen hatte, diese Frage bei der Einigung zu eliminieren. Erwies er in Deutschland Verständnis dafür, dass man nicht nur Fragen der Vergangenheit, sondern auch aktuelle politische

2.

Differenzen unter bestimmten Bedingungen mit Hilfe der internationalen Opposition im Verlaufe aufmerksamer Beobachtungen während der gemeinsamen politischen Aktion lösen kann und auf diese Weise die Sektierer verhindern, durch fanatische Formalisierung a priori die

⁵ Brief an Genossen Trotzki, 24.11.30

Einigung unmöglich zu machen, so lehnt er die gleiche Handlungsweise für Österreich sogar in Bezug auf die Vergangenheit ab

5) Aber auch für Österreich selbst kennt er zweierlei Maß für die Beurteilung von „Fehlern der Vergangenheit“. Die rechtszentristische März-Plattform der Mahnruf-Gruppe ist bekannt, sie fand seitens des Genossen Landau weder in der Presse noch gegenüber den leitenden Genossen der intern. Oppos. Kritik. Erst auf unsere Kritik im internationalen Bulletin erklärte Genosse Landau: Dieses „Dokument der Mahnruf-Gruppe“ – wiewohl „ein jämmerliches und opportunistisches Machwerk, ist für die Bewertung dieser Gruppe nicht (von Landau unterstrichen) maßgebend“ und er kündigte an, „die Arbeiter der Mahnruf-Gruppe werden sich wehren müssen. Das an sie an einen überwundenen Fehler (der keineswegs Fragen der nationalen Fraktionsvergangenheit, sondern das programmatische Fundament der internationalen Linken und ihren gegenwärtigen Kampf betraf) festnagel“ (Bf. a. G. Frankel v. 5.9.30).

6) Diese verschiedenartigen Stellungen in gleichartigen Fragen beweisen, dass Gen. Landau sich nicht von den allgemeinen Interessen der Internationalen Oppos., sondern den speziellen Interessen seiner engeren Freunde bestimmen ließ. Wenn dabei Genosse Landau Anklagen erhebt, man wolle „die politische Hegemonie Freys sichern“, so wiederholt er bloß aus dem gleichen engen Fraktionsgeist heraus die Redewendungen Freys, der durch Monate hindurch den G. Trotzki und die intern. Opposition anklagte, sie wollen die – „Hegemonie“ des Mahnruf und anderer existierender oder vermeintlicher Gruppierungen sichern. Man muss aber die doppelte Gefahr und Verderblichkeit solcher Tendenzen auf Seiten eines leitenden Genossen der Intern. Opposition unterstreichen.

7) Genosse Trotzki beantragte für Österreich die Proporz als Grundlage der Einigung, so wie dies in Deutschland der Fall und für China beantragt war. Hierzu erklärt Genosse Landau: „Dabei muss ich Ihnen in Erinnerung bringen, dass die Einigung in Deutschland sich auf der Basis der Parität vollzog ... Ich bin selbstverständlich im Prinzip für den Proporz. Aber die Erfahrung in Deutschland bewies uns, dass wir auf der Basis des Proporz zu keiner Einigung gekommen wären.“ (Br. a. d. G. Tr. 24.11. 30.)

8) Auf welcher Basis war die deutsche Einigung in der Tat vollzogen worden? Die Weddinger, zu denen in diesem Moment G. Landau gehörte, waren ursprünglich für die Proporz, die Leninbündler aus rein technischen und durchaus motivierten Erwägungen dagegen, da für den ersten Moment die tatsächliche Mitgliederanzahl nicht einwandfrei festzustellen war, was hingegen auf Österreich keinesfalls zutrifft. (Die Pfalz z.B., die zu jener Zeit 400 Mitglieder angegeben hatte, umfasste bei der letzten Reichskonferenz formell 155 Mitglieder, in Wirklichkeit, wie wir später sehen werden, nur knapp ein Drittel dieser Zahl). Die Leninbündler beantragt nach einem Briefwechsel mit dem G. Trotzki die Schaffung einer provisorischen paritätischen Leitung und hierauf die Einberufung der definitiven Konferenz, nach der Proporz auf Grund der der neuen Organisation tatsächlich beigetretenen Mitglieder.

9) Das Gleiche geht aus den offiziellen Protokollen der Einigungskonferenz vom 30.3.30 hervor. „Shachtman:⁶ Das Präsidium hat beschlossen, einen provisorischen Reichsausschuss (paritätisch) ... zu bilden. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind Punkt 4. Repräsentative Konferenz auf dem Boden der beitragszahlenden Mitglieder in 8 Wochen“. Später: „Shachtman: Schließt die Konferenz, indem er der Hoffnung Ausdruck verleiht, dass die in acht Wochen stattfindende Reichskonferenz der deutschen Opposition die endgültige Einigung derselben zum Ausdruck bringen wird.“ Es zeigt sich also, dass bei der deutschen Einigung die Proporz die Grundlage, die Parität aber bloß einen vorübergehenden Notbehelf bilden sollte.

10) Genosse Landau ist Mitunterzeichner eines Einigungsvorschlags an den chinesischen Gruppen, denen UNTER BERUFUNG AUF DAS DEUTSCHE BEISPIEL die PROPORZ

⁶ Max Shachtman

vorgeschlagen wurde. Warum hat Genosse Landau gegen die angebliche Entstellung der deutschen Erfahrung nicht auch hier Stellung genommen? Warum hat er, wenn er der Ansicht ist, dass „in der Praxis“ sich bloß die Parität bewährt, dies nicht auch für China vorgeschlagen? Welchen Grund kann es für einen Internationalisten geben, um die Einigung der chinesischen Opposition minder besorgt zu sein als um die der österreichischen?

11) Weiter: Am 5.9.30 schrieb uns Gen. Landau als Antrag für den Genossen Trotzki und für das Int. Büro: „Die Basis für eine Vereinigung in Österreich könnte politisch in einer Deklaration, organisatorisch in der AUFSTELLUNG DES PROPORZES gefunden werden.“ Nicht nur, dass Gen. Landau damals also nicht die Notwendigkeit, besondere Klauseln über die österreichische Fraktionsvergangenheit sah, er hatte zu jener Zeit weder die besonderen Erfahrungen der deutschen Vereinigung noch die besonderen Vorzüge der Parität entdeckt.

12) Aus allen diesen Wechselfällen und Widersprüchen spricht das Unprinzipielle in der Haltung des Genossen Landau. Dabei ist nicht das Wichtigste, dass er für Österreich einen anderen Einigungsmodus beantragt als für Deutschland und China, sondern dass er andere anklagt, die deutsche Erfahrung vergessen zu

3.

Haben und dabei sie selbst vergisst, die Sache so darstellt, als ob andere die deutsche Einigung tendenziös interpretierten, in Wirklichkeit aber es selbst tut.

13) Nun zum Fall Kernmayer:⁷ Obwohl Genosse Landau selbst am 23.9.30 an das Internationale Büro schrieb, dass der „Mahnruf“, ohne noch die Tatsachen und Beweise genannt zu haben, „Kernmayer als Heimwehr-Spitzel entlarvt“ und „nachweist, dass Frey einen Heimwehr-Spitzel unterstützt, um sich in Graz einen Stützpunkt. Gegen den Mahnruf zu schaffen“, fand er kein Wort einer unversöhnlichen Verurteilung dieser unerhörten Art der öffentlichen Verbreitung einer höchst vergifteten und willkürlichen Anklage und der öffentlichen Beschuldigung einer Gruppe, die der gleichen internationalen Organisation angehört, sondern empfahl dem „Mahnruf“ bloß, Frey nicht als Bundesgenosse, sondern als Opfer des Spitzels zu erklären.

14) Landau selbst schrieb, dass es nicht Aufgabe des Int. Büros sein kann, sich mit Spitzel-Angelegenheiten zu befassen, und forderte die Einsetzung einer internationalen Kommission. Sobald aber die beiden französischen Genossen die wahre Sachlage aufdecken und auf den

⁷ Kernmayer, Erich (eigentlich Erich Knud Kernmayr, später bekannt als Erich Kern, 1906-1991): Mitglied der Sozialistischen Arbeiter Jugend, dann des Kommunistischen Jugend-Verbandes, dessen steiermärkischer Landesleitung er 1927 angehörte. Wegen Unterschlagungen aus dem KJV ausgeschlossen (bzw. zumindest suspendiert). In Graz, inzwischen mit langem Vorstrafenregister (Zuhälterei...) und nach einer Vielzahl von Projekten (Verlagsgründung, Allgemeine Arbeiter-Verbrauchsgenossenschaft, Erzeugung von Kunsthonig...) Ende der 1920er Jahre Anschluss an die Grazer Mahnruf-Gruppe. 1930 Initiator des politischen Kabaretts *Rote Feuerreiter*, dominierte mit seinem Anhang arbeitsloser, deklassierter Jugendlicher die Arbeitersportsektion Eggenberg der Mahnruf-Gruppe. Ende Sommer 1930 wechselte er zur KPÖ (Opposition). Daraufhin wüste Kampagne des *Mahnrufs* und öffentliche Denunziation als Heimwehr-Spitzel (*Fall Kernmayer*). Erfolgreiche Klage Kernmayers vor bürgerlichem Gericht. Auch in einer Untersuchungskommission der Internationalen Linksoption wurde er in allen drei verhandelten Punkten – Heimwehrspitzel, Unterschlagung von Parteigeldern und Tätigkeit als Heimwehrkorrespondent – freigesprochen. Mai 1932 wurde Kernmayer aus der KPÖ (Opposition) ausgeschlossen (bzw. trat aus), Oktober 1932 an der Gründung der Bolschewiki-Leninisten beteiligt, auch die B-L verließ er etwa im März 1933 wieder. Noch 1933 wurde er NSDAP-Mitglied, 1939 Gaupresseamtsleiter in der Gauleitung Wien der NSDAP, 1941 Kriegsberichterstatte in einer Propagandakompagnie der Waffen-SS. Kernmayer blieb auch nach 1945 als Erich Kern ein produktiver rechtsextremer Publizist und wurde Mitglied mehrerer rechtsextremer Parteien (NPD, DVU etc.)

durchaus entscheidenden Widerspruch hinweisen, dass man in Wien und Graz Kernmayer angeblich schon seit April verdächtigt, in Berlin aber den Gen. Landau noch bis zum September die vertraulichsten brieflichen Beziehungen zum „Heimwehr-Spitzel“ unterhalten lässt, fällt Gen. Landau, statt von dem Vorgehen seiner Wiener und Grazer Freunde abzurücken, die beiden französischen Genossen in der heftigsten Weise an. Er beschuldigt diese völlig desinteressierten Genossen, sie hätten diese „Beweise angeführt, um zu einer Freisprechung des Beschuldigten Erich Kernmayer zu gelangen“! In Bezug auf seine Freunde aus der Mahnruf-Gruppe aber genügt ihm, anstatt von Beweisen für die Richtigkeit der erhobenen Beschuldigungen deren „Überzeugung“ (Br. v. 12.11. a. d. Int. Büro und Br. v. 24.11. a. d. G. Trotzki).

15) Man kann das absolut frevelhafte und verbrecherische Vorgehen von Daniel⁸ und Genossen eventuell nur durch deren mangelnde Erfahrung in der revolutionären Arbeiterbewegung erklären und ihnen mildernde Umstände zusprechen, das heißt, sie nur für eine gewisse Zeit (ein, zwei Jahre) außerhalb der Reihen der Opposition stellen. Auf keinen Fall aber kann man verstehen und auf keinen Fall zusehen, dass ein verantwortlicher Funktionär wie Genosse Landau sich vor sie als schützende Wand stellt.

16) Nach der restlosen politischen und moralischen Kompromittierung der Mahnruf-Leiter in der Sache Kernmayer fordert G. Landau: „Auf jeden Fall muss man die Frage K. gänzlich unabhängig von der Einschätzung der beiden Gruppen betrachten und behandeln.“ (Br. 24.11.) Die opportunistische März-Plattform der Mahnruf-Gruppe war „nicht maßgebend“, die widerliche Spitzelaffäre Kernmayer „unabhängig“ von der Beurteilung der revolutionären kommunistischen Reife der Mahnruf-Gruppe. Woran also soll sie gemessen werden? Gen. Landau resümiert, „dass die Mahnruf-Gruppe, insbesondere wenn es jetzt zu einer Verschmelzung mit der Stift-Gruppe kommt (in Bezug auf die er 6 Tage zuvor am 18.11. von der „Gefahr ihrer Kapitulationsneigungen“ schrieb), eine ernste und politische reife Arbeiterführung darstellt“.

17) Das österreichische Cliques-Gezänk hat auch durch Initiative des G. Landau in den Spalten des „Kommunist“ Platz gefunden. In No. 9 wurde in demonstrativer Weise bei Aufzählung der Sektionen der Intern. Linken für Österreich nur von der „Mahnrufgruppe“ gesprochen, was Urbahns⁹ augenblicklich zu einem Angriff gegen die Intern. und die deutsche Opposition ausnutzen konnte. Aber nicht nur das. Dass man Freys Haltung in keiner Weise zu entschuldigen vermag, dass seine Desertion aus der Internationale der Linken ihn unwiderruflich kompromittiert hat, muss hier nicht erst neuerlich betont werden. Es ist aber klar, dass die Tatsache, dass ein Genosse, der in der Intern. Oppos. eine so hohe Stellung bestraft wie Landau, solchen alten Cliqueskampf in illoyaler Weise auf das internationale Forum überträgt (und auch die Stellung G. Landau Lander in der Kernmayerfrage konnte Frey unmöglich verborgen bleiben). Es ist klar, dass dies alles Frey die Möglichkeit geboten hat, gute Arbeiter zu vergiften und zu seinem Kampf gegen die Internationale Opposition mitzureißen.

18) Zusammenfassend muss man konstatieren, dass Genosse Landau in der österreichischen Frage nicht als Vertreter der Interessen und der Würde einer internationalen revolutionären Organisation mit großen historischen Aufgaben gehandelt hat, sondern als Beschützer einer ihm nahestehenden Gruppe gegen die Interessen des Ganzen. Dies muss mit aller Schärfe ausgesprochen, diese Methoden unbarmherzig ausgerottet und verurteilt werden, wenn die Internationale Linke ihren Aufgaben gerecht werden will.

⁸ Karl Daniel

⁹ Hugo Urbahns

Deutschland.

[...]

6.

[...]

6.1.1931.

Jan Frankel

P.S. Wie zu erwarten war, hat der Mahnruf, einmal kritisiert, unverzüglich einen neuen Untertitel gefunden: „Kampfblatt der Werktätigen. Organ der Komm. Opposition (Linke Kommunisten)“. In diesem neuen Untertitel kommt nun auch äußerlich zum Vorschein, was aus dem Inhalt des Blattes und der Tätigkeit der Gruppe bisher sprach: die mechanische Verbindung der rein lokalen Tätigkeit mit dem mehr oder minder dekorativen Namen der Opposition. Aber auch die plötzliche Art dieser Umtäufung des Blattes kann unserer Meinung nach das Vertrauen zu der tatsächlichen, innerlich verankerten Solidarität mit der Sache der Internationalen Linksoption nicht heben, sondern eher das Gegenteil bewirken. Es bedurfte der internationalen Kritik an der opportunistischen Plattform der Mahnrufgruppe, damit diese unvermittelt mit demselben Nachdruck verkündete, was sie gestern bekämpfte. Es bedurfte des Hinweises auf den Mangel der doktrinen Seite des Blattes, damit als Antwort – die Anzeige der „Permanenten Revolution“ von G. Trotzki erscheint. Der Namen, den ein Organ trägt, ist die Widerspiegelung der Mission, die es vor der Arbeiterklasse erfüllen will. Auf unsere Kritik versucht der „Mahnruf“ nicht im geringsten, die Flagge zu verteidigen, unter der er seit Jahr und Tag sich den österreichischen Arbeiter präsentiert, sondern er fügt dieser Flagge einfach die Schleife der Opposition bei. – Ebenso muss die neueste „Einigungsaktion“ der Stift-Gruppe, die sich zu einem „Initiativkomitee“ gewandelt hat, mit größter Zurückhaltung aufgenommen werden. Es genügt allein die Tatsache, dass man in der Einladung vom 30.12.30 die Entsendung von Delegierten zum Einigungskomitee bis längstens 3.1.31 d.h. binnen 2, 3 Tagen fordert, um den Unernst dieser Einigungsaktion zu erkennen. Ginge es wirklich darum, die Arbeiterkaders der Frey-Gruppe für die Einigung zu gewinnen, so hätte man notwendigerweise eine Frist von mehreren Wochen festigen müssen, um die Differenzierung im Lager Freys zu ermöglichen. Viel eher handelt es sich um den

[7]

P.S.

Versuch, die von Gen. Landau bereits am 24.11. angekündigte Verschmelzung der Stiftgruppe mit der Mahnrufgruppe mit der Hülle einer neuen „Einigungsaktion“ zu versehen, und so im Übrigen die Flagge der Internationalen Opposition zu missbrauchen. Aber selbst, wenn es sich bei der Umtaufung des „Mahnruf“ wie bei dieser „Einigungsaktion“ um Ansätze einer Besserung handelte, müsste die Internationale Linksoption einen Zeitraum von mehreren Monaten verstreichen lassen, um sich von dieser Besserung im Wege der Aktion zu überzeugen, damit wir morgen nicht wieder eine neue Spaltung zwischen den Feinden von gestern und Freunden von heute erleben, mit einer widerlichen Politik rein österreichischer Art.

J.F.

Die Haltung des Genossen Landau in der österreichischen und deutschen Frage

Gedrungte Darstellung an Hand von Dokumenten.

Die Entwicklung der oppositionellen Gruppen in den verschiedenen Ländern erweist sich als ziemlich krisenhaft. Dies ist kein Zufall, zieht man in Betracht, dass es sich um den revolutionärsten Flügel der Arbeiterbewegung in der Zeit der Ebbe und des Niederganges handelt, wo der Weg durch die Korruption und Entartung der Stalinbürokratie verrammt ist. Umso wichtiger ist es unter diesen Umständen, an der Spitze der internationalen Linksopposition eine Gruppe von Genossen zu haben, die das Interesse des Ganzen im Auge behalten, und auf diese Weise die unvermeidlichen Krisen zu einer vorwärtsstrebenden Entwicklung lenken. In diesem Zusammenhang ist das Verhalten eines der Genossen, der die deutsche Opposition im internationalen Büro repräsentiert, und somit durch seine Stellung eine grosse Verantwortung trägt, höchst beaurkundend. Die Erfahrung hat bereits ~~hier~~ bewiesen, dass inwieweit es sich um die Wiederholung allgemeiner Formeln handelt, die die politische Aktivität des Einzelnen und seiner Gruppe nicht unmittelbar berühren und verpflichten, er vollkommen unadelig erscheint. Die Schwierigkeiten und Zerwürfnisse beginnen erst im Moment, wo es sich darum handelt, den wirklichen Kern dieser Fragen herauszuschälen und in die Tat umzusetzen. Nun zeigt sich leider, dass Genosse Landau sich mit allen Kräften wehrt, ~~anwendung dieser Formeln~~ die Anwendung dieser Formeln wirklich im Sinne des internationalen Zusammenwirkens zu führen, und dass er, wie so mancher andere die internationale Opposition nur als dekorative Hülle für die eigene Cliquepolitik benützt. Wir halten es daher nötig, wenigstens für die leitenden Körperschaften der Opposition eine kurze, rein faktische Zusammenstellung der ziemlich eigenartigen und gefährlichen Politik, die Gen. Landau in den österreichischen und deutschen Fragen offenbarte, zu geben. Dabei wollen diese Zeilen absolut nicht die Verdienste des Genossen Landau in der Bewegung in Abrede stellen, - es handelt sich hier nicht darum, das Positive an seiner Tätigkeit zu behandeln, sondern das mit aller Offenheit auszusprechen, was ihn der internationalen Opposition gegenüberstellt, um zu verhindern, dass das Positive seines Wirkens durch die negativen Seiten überschattet wird.

Österreich.

1) Wie bekannt, erwies sich stets als eines der Hauptthemenisse der österreichischen Einigungsversuche die romantische Sucht der einzelnen Gruppen, die Frage der österreichischen Fraktionsvergangenheit zum Hauptkriterium der Einigung zu machen. Diesen Weg schlug Frey im März 1930 ein, diesen Weg wählte in der Folge die Mehrheit bei der letzten Einigungsaktion. Die Beschäftigung mit dem Schutt alter, überholter Positionen auf Kosten der tatsächlichen politischen Aufgaben der Bewegung ist die Folge der Stagnation der österreichischen Gruppen. Sich auf dieses Gebiet einzulassen, hiess, die Stagnation fördern und verewigen. Allein in einer gesinteten Sektion der österreichischen Linken kann sich im Verlaufe der Aktion erweisen, inwieweit die Fragen der Vergangenheit noch von aktueller politischer Bedeutung sind, und inwieweit sie gewisse Elemente abgenützt haben. Gegen diese Ansicht, die in verschiedener Form, bei mehreren Anlässen in Briefen des Genossen Trotzki, wie auch im internationalen Bulletin ausgesprochen wurde, hat G. Landau, solange diese Einstellung sich gegen Frey richtete, die Widersprüche erhoben.

2) In dem Momente jedoch, wo Genosse Trotzki die Eliminierung dieser Fragen aus der provisorischen Plattform der Einigung beantragt, und dies sich gegen die spezifischen Intentionen der ~~Mehrheitsgruppe~~ richtet, protestiert G. Landau mit aller Energie: "Wenn Sie nun weitergehen als selbst Frey es eröffnet, und beantragen, ein winziges und völlig unzureichendes Teilzugeständnis Freys in seiner Plattform noch zu streichen (es handelte sich um einen Satz über die Stellung Freys zur Russischen Opposition bis 1927), hinter die Vergangenheit einen dicken Strich ziehen, dann dürfen Sie nicht verwundert sein, dass mich eine derartige Weitherzigkeit befremdet und dass ich ihr nicht zustimmen kann." (Bf.a. G. Trotzki 24.11.30). Und Landau beschuldigt den Gen. Trotzki, er mache Vorschläge "die durch das Ausschalten politischer Fragen Frey die Hegemonie sichern wollen (!)." (Ebenda).

3) Wie stand es mit der "Ausschaltung politischer Fragen" bei der Einigung in Deutschland? Nach dem Zerwürfnis mit der Opposition im Leninbunde, der er ursprünglich beigetreten war, hatte sich G. Landau den Weddingern angeschlossen, die eine andere Wurzel falsche Position in der Gewerkschaftsfrage einnahmen. In dieser Frage, die keineswegs der Vergangenheit, sondern der lebendigen Gegenwart angehörte, und eine beständige Streitfrage zwischen den Leninbündlern und den Weddingern bei den Einigungsverhandlungen war, klammerte sich Genosse Landau an die "Weitherzigkeit" des Genossen Trotzki, der vorgeschlagen hatte, diese Frage bei der Einigung zu eliminieren. Erwies er in Deutschland Verständnis dafür, dass man nicht nur Fragend der Vergangenheit, sondern auch aktuelle politische

Differenzen unter bestimmten Bedingungen mit Hilfe der Internationalen Opposition im Verlaufe aufmerksamer Beobachtungen während der gemeinsamen politischen Aktion lösen kann und auf diese Weise die Sektierer verhindern durch fanatische Formalisierung a priori die Einigung unmöglich zu machen, so lehnt er die gleiche Handlungsweise für Oesterreich sogar in bezug auf die Vergangenheit ab.

5) Aber auch für Oesterreich selbst kennt er zweierlei Mass für die Beurteilung von "Fehlern der Vergangenheit". Die rechtszentristische "Märzplattform" der Mahnrufgruppe ist bekannt. Sie fand seitens des Genossen Landau weder in der Presse noch gegenüber den leitenden Genossen der Intern. Oppos. Kritik. Erst auf unsere Kritik im Internationalen Bulletin erklärte Genosse Landau: Dieses "Dokument der Mahnrufgruppe" - wiewohl "ein jämmerliches und opportunistisches Machwerk" - ist für die Bewertung dieser Gruppe nicht (von Landau unterstrichen) massgebend, und erkündigte an, "die Arbeiter der Mahnrufgruppe werden sich wehren müssen, dass an sie an einen überwundenen Fehler (der keineswegs Fragen der nationalen Fraktionsvergangenheit, sondern das programmatische Fundament der Internationalen Linken und ihren gegenwärtigen Kampf betraf) festnagelt." (Bf. a. G. Frankel v. 5.9.30).

6) Diese verschiedenartigen Stellungnahmen in gleichartigen Fragen beweisen, dass Gen. Landau sich nicht von den allgemeinen Interessen der Internationalen Oppos. sondern den speziellen Interessen seiner engeren Freunde bestimmen liess. Wenn dabei Genosse Landau Anklagen erhebt, man wolle "die politische Hegemonie Freys sichern", so ~~amigman~~ wiederholt er bloss, aus dem gleichen engen Fraktionsgeist heraus, die Redewendungen Freys, der durch Monate hindurch den G. Trotzki und die Intern. Opposition anklagte, sie wollten die "Hegemonie" - des Mahnruf und ~~der~~ ~~an~~ ~~der~~ existierender oder vermeintlicher Gruppierungen sichern. Muss man aber die doppelte Gefahr und Verderblichkeit solcher Tendenzen auf Seiten eines leitenden Genossen der Intern. Opposition unterstreichen?

7) Genosse Trotzki beantragte für Oesterreich die Proporz als Grundlage der Einigung, so wie dies in Deutschland der Fall und für China beantragt war. Hierzu erklärt Genosse Landau: "Dabei muss ich Ihnen in Erinnerung bringen, dass die Einigung in Deutschland sich auf der Basis der Parität vollzog... Ich bin selbstverständlich im Prinzip für den Proporz. Aber die Erfahrung in Deutschland bewies uns, dass wir auf der Basis des Proporz zu keiner Einigung gekommen wären." (Bf. a. G. Tr. 24.11.30).

8) Auf welcher Basis war die deutsche Einigung in der Tat vollzogen worden? Die Weddinger, zudem in diesem Moment G. Landau gehörte, waren ursprünglich für die Proporz, die Leninbündler aus rein technischen und durchaus motivierten Erwägungen dagegen, da für den ersten Moment die tatsächliche Mitgliederanzahl nicht einwandfrei reitzustellen war, was ~~aber~~ ^{zuerst} auf Oesterreich keinesfalls zutrifft. (Die Pfalz z.B., die zu jener Zeit 400 Mitglieder angegeben hatte, umfasste bei der letzten Reichskonferenz 195 Mitglieder, in Wirklichkeit, wie wir später sehen werden, nur knapp ein Drittel dieser Zahl). Die Leninbündler beantragten nach einem Briefwechsel mit dem G. Trotzki die Schaffung einer provisorischen paritätischen Leitung und hierauf die Einberufung der definitiven Konferenz nach der Proporz auf Grund der der neuen Organisation tatsächlich beigetretenen Mitglieder.

9) Das Gleiche geht aus den offiziellen Protokollen der Einigungskonferenz vom 30.3.30. hervor: "Schachtman: Das Präsidium hat beschlossen einen provisorischen Reichsausschuss (paritätisch)... zu bilden. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind: Punkt 4: Repräsentative Konferenz auf dem Boden der beitragszahlenden Mitglieder in acht Wochen." Später: "Schachtman schliesst die Konferenz indem er der Hoffnung Ausdruck verleiht, dass die in acht Wochen stattfindende Reichskonferenz der deutschen Opposition die endgültige Einigung derselben zum Ausdruck bringen wird." Es zeigt sich also, dass bei der deutschen Einigung die Proporz die Grundlage, die Parität aber bloss einen vorübergehenden Notbehelf bilden sollte.

10) Genosse Landau ist Mitzeichner eines Einigungsvorschlages an die chinesischen Gruppen, denen UNTER BERUFUNG AUF DAS DEUTSCHE BEISPIEL die PROPORZ vorgeschlagen wurde. Warum hat Genosse Landau gegen die angebliche Entstellung der deutschen Erfahrung nicht auch hier Stellung genommen? Warum hat er, wenn er der Ansicht ist, dass "in der Praxis" sich bloss die Parität bewährt, dies nicht auch für China vorgeschlagen? Welchen Grund kann es für einen Internationalisten geben, um die Einigung der chinesischen Opposition minder besorgt zu sein, als um die der österreichischen?

11) Weiter: Am 5.9.30 schrieb uns Gen. Landau als Antrag für den Genossen Trotzki und das Int. Büro: "Die Basis für eine Vereinigung in Oesterreich könnte politisch in einer Deklaration, organisatorisch in der AUFSTELLUNG DES PROPORZES gefunden werden." Nicht nur dass G. Landau damals also nicht die Notwendigkeit besonderer Klauseln über die österreichische Fraktionsvergangenheit sah, er hatte zu jener Zeit weder die besonderen Erfahrungen der deutschen Vereinigung, noch die besonderen Vorzüge der Parität entdeckt.

12) Aus all diesen Wechselfällen und Widersprüchen spricht das Unprinzipielle in der Haltung des Genossen Landau. Dabei ist nicht das Wichtigste, dass er für Oesterreich einen anderen Einigungsmodus beantragt, als für Deutschland ~~xxx~~ und China, sondern, dass er andere anklagt, die deutsche Erfahrung vergessen zu

haben, und dabei sie selbst vergisst, die Sache so darstellt, als ob andere die deutsche Einigung tendenziös interpretierten, in Wirklichkeit aber es selbst tat.

13) Nun zum Fall Kernmayer: Obwohl Genosse Landau selbst am 23.9.30 an das Internationale Büro schrieb, dass der "Mahnruf", ohne noch die Tatsachen und Beweise genannt zu haben, "Kernmayer als Heimwehrspitzel entlarvt" und "nachweist, dass Frey einen Heimwehrspitzel unterstützt, um sich in Graz einen Stützpunkt gegen den Mahnruf zu schaffen", fand er kein Wort einer unversöhnlichen Verurteilung dieser überhörsen Art ~~an~~ der öffentlichen Verbreitung einer höchst vergifteten und willkürlichen Andage, und der öffentlichen Beschuldigung einer Gruppe, die der gleichen internationalen Organisation angehört, sondern empfahl dem "Mahnruf" bloss, Frey nicht als Bundesgenosse sondern als Opfers des Spitzels zu erklären.

14) Landau selbst schrieb, dass es nicht Aufgabe des Int. Büros sein könne, sich mit Spitzelangelegenheiten zu befassen und forderte die Eilsetzung einer internationalen Kommission. Sobald aber die beiden französischen ~~genannten~~ Genossen die wahre Sachlage aufdecken und auf den da chaus entscheidenden Widerspruch hinweisen, dass man in Wien und Graz Kernmayer angeblich schon seit April verdächtigt, in Berlin aber den Gen. Landau noch bis zum September die vertraulichsten brieflichen Beziehungen zum "Heimwehrspitzel" unterhalten lässt, fällt Gen. Landau, statt von den Vorgesetzten seiner Wiener und Grazer Freunde abzurücken, die beiden französischen Genossen in der eifrigsten Weise an. Er beschuldigt diese völlig desinteressierten Genossen, die hätten die "Beweise" angeführt, um zu einer Freisprechung des beschuldigten Erich Kernmayer zu gelangen! In bezug auf seine Freunde aus der Mahnrufgruppe aber, genügt ihm anstatt von Beweisen für die Michtigkeit der erhobenen Beschuldigungen deren "Überzeugung" (St.v. 23.11.30. Int. Büro und St.v. 24.11.30. G. Trotzki).

15) Man kann das absolut trevornehme und verbrecherische Vorgehen von Daniel und Genossen eventuell noch durch deren mangelnde Erfahrung in der revolutionären Arbeiterbewegung erklären, und ihnen mildernde Umstände zusprechen, das heisst sie nur für eine gewisse Zeit (ein, zwei Jahre) ausserhalb der Reihen der Opposition stellen. Auf keinen Fall aber kann man verstehen und auf keinen Fall ruhig zusehen, dass ein verantwortlicher Funktionär wie Genosse Landau sich vor sie als schützende Wand stellt.

16) Nach der restlosen politischen und moralischen Kompromittierung der Mahnrufleiter in der Sache Kernmayer fordert G. Landau: "Auf jeden Fall muss man die Frage K. gänzlich unabhängig von der ^{opportunistischen} ~~Wissenshaftigkeit~~ der beiden Gruppen betrachten und behandeln" (St. 24.11.). Die ~~Märzplattform~~ der Mahnrufgruppe war "nicht massgebend", die widerliche Spitzelaffäre Kernmayer "unabhängig" von der ~~revolutionären~~ ^{Revolutionären} kommunistischen Reife der Mahnrufgruppe. Woran also soll sie gemessen werden? Gen. Landau resumiert, "dass die Mahnrufgruppe, insbesondere wenn es jetzt zu einer Verschmelzung mit der Stützgruppe kommt (in bezug auf die er 6 Tage zuvor, am 18.11. von der "Gefahr innerer Kapitulationsneigungen" ~~Schrieb!~~), eine ernste und politisch reife Arbeiterführung darstellt".

17) Das österreichische Cliquengezänk hat auch durch Initiative des G. Landau in den Spalten des "Kommunist" Platz gefunden. In No. 9 wurde in demonstrativer Weise bei Aufzählung der Sektionen der Intern. Linken für Oesterreich nur von der "Mahnrufgruppe" gesprochen, was Urbanus augenblicklich zu einem Angriff gegen die Intern. und die deutsche Opposition ausnützen konnte. Aber nicht nur das. Dass man Freys Haltung in keiner Weise zu entschuldigen vermag, dass seine Desertion aus der Internationale der Linken ihn unwiderruflich kompromittiert hat, muss hier nicht erst neuerlich betont werden. Es ist aber klar, dass die Tatsache, dass ein Genosse, der in der Intern. Oppos. eine so hohe Stellung bestrahlt, ^{wie Landau} ~~seiner~~ alten Cliquenkanal in illoyaler Weise auf das internationale Forum überträgt (und auch die Stellung des G. Landau in der Kernmayerfrage konnte Frey unmöglich verborgen bleiben), es ist klar, dass dies alles Frey die Möglichkeit gegeben hat, gute Arbeiter zu vergiften und zu seinem Kampfe gegen die Internationale Opposition mitzureissen.

18) Zusammenfassend muss man konstatieren, dass Genosse Landau in der österreichischen Frage nicht als Vertreter der Interessen und der Würde einer internationalen revolutionären Organisation mit grossen historischen Aufgaben handelt, sondern als Beschützer einer ihm nahestehenden Gruppe gegen die Interessens des Ganzen. Dies muss mit aller Schärfe ausgesprochen, diese Methoden unbarmherzig ausgerottet und verurteilt werden, wenn die Internationale Linke ihren Aufgaben gerecht werden will.

Deutschland.

19) Dem Zerwürfnis mit der Opposition im Leninbund vor der Vereinigung folgte das Zerwürfnis mit Neumann und Genossen nach der Einigung. Der innere Kampf ist in Permanenz. Dabei war Genosse Landau niemals imstande, den internationalen Genossen und Sektionen auseinanderzusetzen, um welche fundamentale Tendenzen oder aktuelle politische Fragen, oder wenigstens um welche organisatorischen Tendenzen es sich eigentlich handelte. Es geht als untrügliches Kriterium

durch die Gesonichteder gesamten Arbeiterbewegung seit Marx, dass nur diejenigen Tendenzen, Ideen, Gruppen das Recht auf Existenz und den Kampf gegen andere Gruppen erhalten, die sich auch in der internationalen Sprache verständlich machen können. Kann man das nicht tun, so bedeutet dies, dass es sich um Zwistigkeiten niedriger Art handelt, die nie ins Politische hinaufgelangen, oder aber noch ärger, dass es um verkappte, nicht gereifte opportunistische Tendenzen geht, die sich als solche nicht zu bekümmern, mit ihren wahren Ideen im Unterirdischen bleiben und nur die organisatorischen Konsequenzen an die Oberfläche bringen. - Die Arbeit der Gruppe Landaus ist innerer Kampf. Niemand aber weiss, um welche politischen Fragen es geht. Nicht nur dass sie die eigenen Ideen nicht politisch zu formulieren vermag, ist die Gruppe Landaus auch nicht imstande, dem Gegner politische Fehler nachzuweisen.

20) Der innere Kampf verzehrt alles:

a) Genosse Seipold, der seit Monaten mit einer unter Beteiligung der Reichsleitung auszuarbeitenden programmatischen Rede im preussischen Landtag aufzutreten soll, kann die Ausarbeitung einer solchen Rede nicht erreichen, da, wie er schreibt in der Leitung "die ewigen persönlichen Kämpfe die Geister in Spannung halten." Zieht man nur einen Augenblick in Betracht welche Bedeutung eine von der Landtagstribüne herab gehaltene programmatische Rede für die internationale Opposition haben könnte, so ist die von Gen. Seipold angeführte Tatsache allein die höchste Verurteilung der Aktivität der Landaugruppe.

b) Der Kommunist lässt in Inhalt und Form äusserst viel zu wünschen übrig. Je kleiner der Umfang eines Blattes, umso sorgfältiger muss auf den Inhalt geachtet werden. Hier ist aber seit dem Erscheinen der ersten Nummer kein wesentlicher Fortschritt zu merken. Den internationalen Fragen wird kein oder fast kein Raum geboten. Für die Erziehung der Kaders der deutschen Opposition in wirklich internationalem Geiste hat das Blatt nichts wesentliches getan. Diessieht man jedenfalls, wenn es auf wichtige internationale Fragen ankommt. Auch die Verbreitung des Blattes und der Broschüren der internationalen Opposition ist ausserordentlich und unverhältnismässig schwach und vernachlässigt. Dies ist alles ist in hohem Grade dadurch bestimmt, dass das Interesse der Kaders auf das Geleise der inneren Oliguenkämpfe abgelenkt wird.

c) Die Gruppe reagiert nie prinzipiell auf die wichtigsten Fragen des Kampfes in anderen Ländern, ausgenommen dort, wo es sich um die austro-germanische Fraktion Landaus und ihrer persönlichen Verbindungen handelt.

21) Vor der deutschen Reichskonferenz, am 5.9. schrieb Genosse Landau von seiner Gewissheit, zu "einem friedlichen und dauernden Zusammenarbeiten" mit dem Gen. Well zu kommen. "Dies erscheint mir persönlich umso wichtiger, als Genosse Well der Einzige ist, der die politische Arbeit weiterleiten kann, wenn ich Berlin verlassen sollte..." Sieht man ab von dieser Lassalleanistischen Auffassung der "Nachfolge", die ja auch eine sonderbare Auffassung vom Wesen der demokratischen Organisation darstellt, bleibt doch als Fazit, dass unmittelbar vor der bereits festgesetzten Konferenz Landau keine programmatischen-organisatorischen Vorwürfe gegen Well hatte, sondern diesen sogar würdig befand, seinen Platz einzunehmen. Nun wieder ein Zerwürfnis. Wieso? Eine ernste revolutionäre Politik kann doch nicht eine Kette solcher Überraschungen darstellen. Niemandem wurde dies alles bisher erklärt.

22) Die Reichskonferenz der deutschen Opposition war fixiert für den 21. Sept. 30 also nicht mehr als sieben Tage nach den Reichstagswahlen. Das war an sich unverständlich. Die Wahlen sollten die neue Konstellation in Deutschland aufdecken, die Konferenz, wollte sie ihre Aufgaben erfüllen, musste deren Fazit ziehen. Doch die Konferenz war festgelegt ohne Zusammenhang mit den politischen Erfordernissen der Lage, aus den innerorganisatorischen Bedürfnissen heraus, die nur den Eingeweihtesten ~~mammammammammamm~~ verständlich waren. Daher konnte auch keiner der internationalen Genossen bis zum letzten Augenblick die Tagesordnung der Konferenz und überhaupt nicht irgendwelche Thesen- oder Resolutionsentwürfe.

23) Im letzten Augenblick erfolgte, ohne besondere Begründung, die Verschiebung der Konferenz. Man konnte annehmen, dass man sich der besonderen politischen Aufgabender Konferenz besonnen habe. Keine Spur. Statt mit den Ereignissen von welt historischer Bedeutung befasste sich die Konferenz mit organisatorisch-persönlichen Zwistigkeiten. Was ist der politische Inhalt dieser Zwistigkeiten? Um welche Ideen geht es? Was gestattete der Landaugruppe, die, sich auf die Autorität der internationalen Opposition stützend, die ausschlaggebende Rolle bei der Vorbereitung der Konferenz besass, dieser, in einem Moment von höchster revolutionärer Leitung, eine solche Richtung zu geben? Warum wird dies nicht erklärt?

24) Bis heute ist der Wortlaut der getroffenen Beschlüsse nicht bekannt. Sie sind nur bekannt in der Interpretation des Genossen Landau in Priv. Briefen. Was wurde, laut dieser Interpretationen, beschlossen? "Die ehemaligen Genossen Neumann und Joko werden als die Hauptverantwortlichen des Fraktionskampfes erklärt" und es wird ausgesprochen, "dass eine Wiederaufnahme dieser Genossen nicht mehr in Frage kommt." Die Aufnahme der anderen Ausgeschlossenen Grylewicz, Schöller usw. ist nur möglich, wenn sie "sich von Neumann und Joko lösen und ihre politischen Fehler einsehen." Welches schwerwiegenden politischen Fehler haben diese Genossen "einzusehen"? Welche prinzipiellen Differenzen berechtigen

zu dem Beschlusse, den einen Genossen endgültig den Weg zur Internationalen Linken zu versperren, von den anderen nimmt die Losung nicht von Programatischen Ideen, sondern von Personen zu verlangen? Niemand erklärt dies. Es ist aber augenfällig, dass wir hier vor den krassesten Auswüchsen des bürokratischen Regimes stehen.

25) Wie wurde die Konferenz zusammenberufen? Darüber wissen wir nur, dass die Proporz, das proletarische Prinzip, im trade=unionistischen Sinne interpretiert wurde. So konnte z.B. ein Delegierter 31, ein anderer 24 Stimmen auf sich vereinigen. Aus einer proletarischen politischen Vertretung wurde eine Vertretung wirklicher oder angeblicher Mitgliedslisten. Die Konferenz hat nur dann Sinn, wenn die Delegierten einander überzeugen können. Treten aber statt Delegierter die Mitgliederlisten mit komprimierten Mandaten (wie dies auf dieser Konferenz der Fall war) in Funktion, dann verliert die Konferenz als proletarische Beratung jeden Sinn und verwandelt sich in eine Berechnung von Mandaten nach Art der englischen Trade-Unions. Das heisst die Konferenz wird zu einer Fiktion.

26) Aber wurde wenigstens die Fiktion auf ehrlichen Daten aufgebaut? Ohne auf Klagen anderer Genossen einzugehen, seien hier nur die Worte eines so unvoreingenommenen Genossen, wie es Gen. Seipold ist, erwähnt. Gen. Seipold schreibt uns am 16/12:

"Bei uns gibt es ewigen "Kriegszustand" zwischen Berlin und Leipzig. Da gibt es Schiebungen und Intrigen. So hatte zum Beispiel Frenzel, Ludwigs= haben auf der Konferenz 31 Stimmen, das sollen 135 Mitglieder sein, ich habe aber, als ich letztes da war festgestellt, dass die ganze Pfälz ca. 60 (sechzig !!) Mitglieder hat, davon mindestens 20 % "versorffene Individuen."

Nicht ohne Schwanken geben wir diese Schilderung der Lage wieder, aber Fäulnis decken und auf Fäulnis bauen können und dürfen wir nicht. In seinem Schreiben vom 14.10. an den G. Trotzki nennt G. Landau "die wahrscheinlich anerkannten Leitung" auf dieser, um uns nicht schärfer auszudrücken ~~als Basis~~ Basis, "einen erheblichen Erfolg" und eine "Wiederspiegelung der inneren Demokratie". Besonders unterstrich er die Loyalität bei der Verteilung der Vertretung der einzelnen lokalen Gruppen in der Leitung in Anbetracht dieses angeblichen bedeutenden Übergewichts der Pfälz über Sachsen usw.

27) Könnte man einen Augenblick annehmen, dass G. Landau von den wirklichen Zuständen der Pfälzer Organisation nichts wusste, so würde das nur bedeuten, dass die Landaugruppe von den inhaltlosen inneren Streitigkeiten so absorbiert ist, dass sie sich gar nicht darum kümmert, was besteht und worauf sie baut. Wir halten aber diese Annahme so gut wie ausgeschlossen und glauben vielmehr, dass Genosse Seipold nur entdeckt hat, was den Eingeweihten hinlänglich bekannt war.

28) Genosse Seipold schreibt weiter:

"Würde ich in Leipzig den Stand der mindestens 135 Mitglieder verraten, bekäme Landau Prügel. Ich muss aber im Interesse der Sache schweigen über Wiederholungen vernähen."

Genosse Seipold, das steht über jedem Zweifel, ist von den besten Absichten geleitet. Aber seine Worte, und die Möglichkeit selbst Tatsachen überhaupt, und Tatsachen von solcher entscheidender Wichtigkeit der Mitgliedschaft und sogar einem Teile der Leitung verheimlichen zu müssen, wirft ein blitzartiges Licht auf die unerhörten Zustände in der deutschen Leitung, auf das Falsche und Angefaulte des von der herrschenden Gruppe Landaus eingeführten Regimes, und auf die Spannung die dadurch hervorgerufen wird.

29) Welche Thesen, welche politischen Dokumente hat die Konferenz beschlossen? Genosse Landau schreibt hierzu: "Wir haben im August (!) einen Thesenentwurf ins Reich versandt und gleichzeitig mitgeteilt, dass Vervollständigungen von der Reichsleitung auf der Konferenz vorgelegt werden. Die Ergänzungen wurden nun leider auf der Konferenz INFOLGE ZEITMANGELS (!!) nicht diskutiert. Auf Loyalität (?) haben wir auf der Reichskonferenz jeden Delegierten, die Einwände vorbrachten, erklärt, dass sie auch der Reichskonferenz noch schriftliche Ergänzungen einreichen könnten". Diese "Loyalität" hatte zum Resultat, dass seitens der Delegierten, die auf der Konferenz zu den Thesen, das heisst politisch diskutieren wollten und -aus "Zeitmangel" -daran verhindert wurden, dass seitens dieser Delegierten anschriftlichen Einwänden "nichts eingelangt ist".

30) Im "Kommunist" No. 12 heisst es, die Gewerkschaftsthese der sächsischen Organisation seien angenommen worden. Genosse Well erklärt hierzu, dies "entspricht leider nicht den Tatsachen. Es wurden überhaupt keine Thesen angenommen". In seinen Interpretationen zu den unbekannten Beschlüssen der Reichskonferenz erklärt G. Landau: "Da die Thesen für die Reichskonferenz am 21. September (ausgearbeitet worden im Juli oder noch früher) die bedeutungsvollen Umgruppierungen, die in

den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen sind, nicht berücksichtigen (das heisst also den springenden Punkt der Lage in Deutschland nicht berücksichtigen), beschliesst die Konferenz die Ergänzung der Thesen im Sinne der von der

Reichsleitung gegebenen politischen Einschätzung (ohne in einer Diskussion -es mangelt an Zeit!- die politischen Einwände der Delegierten zu prüfen!)"Aber auch diese Einschätzung ist bis heute niemandem bekannt.

31) Und dieses beschämende Ergebnis der Reichskonferenz fasst Genosse Landau in einem Telegramm "Konferenz erfolgreich verlaufen" zusammen. Kann man sich vorstellen, dass die leitenden Elemente einer Organisation so offensichtlich über den vollständigen Bankrott ihrer Politik hinweggehen, so unbewusst ihrer eigenen Fehler, um sich nicht schärfer auszudrücken, das Fazit der Konferenz ziehen können? Ein Streik oder ein Aufstand kann eine Leitung (eine schlechte Leitung) unter Umständen überrumpeln. Was aber soll man sagen, wenn die von der Leitung selbst zusammenberufene Konferenz sie überrumpelt? Wenn eine Leitung der Konferenz Monate alte Thesen vorlegt, die letzten Wochen nicht benützt, das Entscheidende, die neue Lage ins Auge zu fassen, obwohl sie daran auf das Energischste erinnert wurde? Wenn sie in dieser Situation nur den einen festen Beschluss zustande bringt, denjenigen, der die Unfehlbarkeit dieser Leitung nicht anerkennt, hinauszuerwerfen?

32) Als Ausweg war ein offener Brief ersonnen worden, der die Plattform ersetzen sollte. Auch dieser Brief wird nicht von der Konferenz ausgearbeitet, sondern erscheint als rein journalistisches Elaborat, weder zur nationalen noch zur internationalen Diskussion gestellt, und bei alledem mit einer Verspätung von mehr als zwei Monaten.

+ +
+

Für jeden, der beobachtet, ist es klar, dass die Oppositionsgruppen in Österreich die Ideen der Internationalen Linken in der schändlichsten Weise missbraucht, verunglimpft, ins Lächerliche gezogen haben. Den Boden in Österreich zu reinigen und eine neue, wirklich revolutionäre Gruppe zu schaffen wird mit den grössten Schwierigkeiten verbunden sein. Es muss offen ausgesprochen werden, dass wir in Deutschland der Gefahr entgegengehen, dass die Entwicklung dieselbe Richtung nimmt, wenn die internationale Opposition untätig zusieht. Die wichtigsten Schritte, diese unselige Entwicklung zu unterbinden scheinen uns die folgenden:

a) Die deutsche Reichsleitung zu einer sofortigen, prinzipiellen Darlegung der strittigen Fragen aufzufordern.

b) Ebenso alle anderen Gruppen, einzelnen Genossen, die Ausgeschlossenen nicht ausgenommen, aufzufordern, ihre Kritiken, Beschwerden und ihre Vorschläge zu formulieren.

c) Auf Grund einer Auslese durch das Internationale Sekretariat diese Beiträge in einer speziellen Nummer des Internationalen Bulletin zu veröffentlichen.

d) Auf der Basis dieser Nummer eine breite internationale Diskussion über die deutsche Frage aufzurollen, und nach deren Ablauf an die Einberufung einer ehrlich vorbereiteten, politischen Konferenz der deutschen Opposition zu schreiten.

6.I.1931.

Jan Frankel

P.S. Wie zu erwarten war, hat der Mahnruf einmal kritisiert, unverzüglich einen neuen Untertitel gefunden: "Kampfblatt der Werktätigen Organ der komm. Opposition (Linke Kommunisten)". In diesem neuen Untertitel kommt nun auch ausdrücklich zum Vorschein, was aus dem Inhalt des Blattes und der Tätigkeit der Gruppe bisher sprach: die mechanische Verbindung der rein lokalen Tätigkeit mit dem mehr oder minder dekorativen Namen der Opposition. Aber auch die plötzliche Art dieser Umtüftung des Blattes kann unserer Meinung nach das Vertrauen zu der tatsächlichen, innerlich verankerten Solidarität mit der Sache der internationalen Linksoption nicht heben, sondern eher das Gegenteil bewirken. Es bedurfte der internationalen Kritik an der opportunistischen Plattform der Mahnrufgruppe, damit diese unvermittelt mit demselben Nachdruck verkündet, was sie gestern bekämpfte. Es bedurfte des Hinweises auf den Mangel der doktrinarischen Seite des Blattes, damit als Antwort - die Anzeige der "Permanente Revolution" v.G. Trotzki erscheint. Der Name, den ein Organ trägt, ist die Widerspiegelung der ~~unserer~~ Mission, die es vor der Arbeiterklasse erfüllen will. Auf unsere Kritik versucht der "Mahnruf" nicht im Geringsten die Flagge zu verteidigen, unter der er seit Jahr und Tag sich den österreichischen Arbeitern präsentiert, sondern er fügt dieser Flagge einfach die Schleife der Opposition bei. - Ebenso ~~versteht man~~ die neueste "Einigungsaktion" der Stiftgruppe, die sich zu einem "Initiativkomitee" gewandelt hat, ~~was~~ mit grösster Zurückhaltung aufgenommen werden. Es genügt allein die Tatsache, dass man in der Einladung vom 30.12.30 die Entsendung von Delegierten zum Einigungskomitee bis längstens 3.1.31, d.h. binnen 2,3 Tagen fordert, um den Unernst dieser Einigungsaktion zu erkennen. Ginge es wirklich darum, die Arbeiterkaders der Freygruppe für die Einigung zu gewinnen, so hätte man notwendigerweise eine Frist von mehreren Wochen festlegen müssen, um die Differenzierung im Lager Freys zu ermöglichen. Viel eher handelt es sich um den

././.

p.7:

Versuch, die von Gen. Landau bereits am 24.11. angekündigte Verschmelzung der Stiftgruppe mit der Mahnrufgruppe mit der Hülle einer "Einigungsaktion" zu versehen, und so um ein Übriges die Flagge der Internationalen Opposition zu missbrauchen. -- Aber selbst, wenn es sich bei der Umtaufung des "Mahnruf" wie bei dieser "Einigungsaktion" um Ansätze einer Besserung handelte, müsste die Internationale Linksopposition einen Zeitraum von mehreren Monaten verstreichen lassen, um sich von dieser Besserung im Wege der Aktion zu überzeugen, damit wir morgen nicht wieder eine neue Spaltung zwischen den Feinden von gestern und Freunden von heute erleben, mit einer widerlichen Politik echt österreichischer Art.

J.F.